

WOLFGANG GEHRCKE

Mitbestimmung – Sozialstaatlichkeit – Reform der politischen Institutionen: Bestandteile sozialistischer Reformpolitik

Die Kompetenz der PDS für soziale Alternativen wird bereits vielfach anerkannt oder einfach vorausgesetzt. Selbst politischen Gegnern erscheint die PDS als »Stimme der Menschen in den östlichen Bundesländern« – sozusagen als Preis für die Vereinigung – akzeptabel. Es wird aber abgewinkt, wenn das Stichwort »PDS und Demokratie« fällt. Spätestens dann werden Mißtrauen und Ängste wach.

Mehr und anders gilt im Westen, aber auch in Ostdeutschland: Die PDS habe ihre demokratische Verlässlichkeit noch nicht unter Beweis gestellt, ihre demokratische Bewährungsprobe stehe noch aus. Hier wird nicht nur nach der Vergangenheit der kommunistisch-sozialistischen Bewegung, dem Realsozialismus, nach den Demokratiekonzepten der PDS gefragt, sondern danach, inwieweit das, was wir in Programmen, Reden und Analysen aussagen, tatsächlich als Grundhaltung verinnerlicht wurde, inwieweit Demokratie bei uns aufgehoben und nicht aufgesetzt ist.

Solche Fragen sind uns lästig und unangenehm, und wir reagieren darauf unwirsch und zurückweisend. Deutlich spürt man, daß wir eigentlich der Meinung sind, daß die Fragesteller ob ihrer eigenen Positionen nicht das Recht hätten, uns zu examinieren. Kurz: Auf einen Finger, der in der Demokratiefrage auf uns zeigt, zeigen wir mit zehn Fingern zurück. Ein Dialog kommt nicht zustande. Er ist vielleicht auch nicht gewollt und so auch nicht möglich.

Aber hätten wir nicht Anlaß genug, unsere Kritiker, Konkurrenten und selbst unsere Gegner ob der Aufmerksamkeit, die wir ihnen abfordern und die sie uns widmen, zu »loben«? Schauen wir in ihren Spiegel, den sie uns vorhalten, auch wenn wir uns darin nicht erkennen. Nicht wenige Menschen sehen uns nicht so, wie wir uns gerne sehen würden. Ihnen ist eben das Spiegelbild im Wortsinne vertrauter.

Demokratie muß zum Inhalt, Ziel und Weg sozialistischer Politik werden. Alles andere ist auf Sand gebaut. Ob wir die Kraft haben, Mehrheiten dafür zu gewinnen, ist offen. Wir wissen aber, daß nichtdemokratische oder nur in Teilbereichen demokratische Wege gescheitert sind. Wir kennen die Gründe ihres Scheiterns.

Unsere Konsequenz ist: Demokratie ist der rote Faden, der soziale Gerechtigkeit, ökologische Vernunft, feministische Umgestaltung und praktisches politisches Handeln miteinander verbindet und alles miteinander verwebt. Das eine ist ohne das andere nicht zu haben.

Wolfgang Gehrcke – Jg. 1943; Journalist, 1968 Mitbegründer von SDAJ und DKP, einige Jahre Vorsitzender der SDAJ und Bezirksvorsitzender der DKP Hamburg, im Januar 1990 Austritt aus der DKP und Beteiligung an dem Versuch, ein sozialistisches Forum aufzubauen; einer der Initiatoren der LinkenListe/PDS; z.Z. stellvertretender PDS-Vorsitzender.

Historische Entwicklungslinien

Wie immer bei der PDS, wo die Geschichte im Spiel ist, wo es um Politik, Ideologie und Programmatik geht, sind Differenzen und Emotionen nicht weit.

Greifen wir zurück auf Rosa Luxemburg, die als Sozialistin und Politikerin für viele Linke eine Identifikationsperson ist oder es inhaltlich in den letzten Jahren wurde. Ihre Warnungen in ihrem unvollendeten Manuskript »Zur russischen Revolution« sind lebensnah, und sie können nicht einfach in den Wind geschlagen werden. »Ohne allgemeine Wahlen, ungehemmte Presse- und Versammlungsfreiheit, freien Meinungskampf erstirbt das Leben in jeder öffentlichen Institution, wird zum Scheinleben, in der Bürokratie allein das tätige Element bleibt. Das öffentliche Leben schläft allmählich ein, einige Dutzend Parteiführer von unerschöpflicher Energie und grenzenlosem Idealismus dirigieren und regieren, unter ihnen leitet in Wirklichkeit ein Dutzend hervorragender Köpfe, und eine Elite der Arbeiterschaft wird von Zeit zu Zeit zu Versammlungen aufgeboten, um den Reden der Führer Beifall zu klatschen, vorgelegten Resolutionen einstimmig zuzustimmen, im Grunde also eine Cliquenwirtschaft ...«.

Wer erinnert sich nicht ganz persönlich an solche Kundgebungen, Parteitage, Konferenzen und Kampagnen, an Einheit und Geschlossenheit, an Appelle, die Dinge »politisch zu sehen«, an sie vom Klassenstandpunkt aus heranzugehen, an Warnungen vor Nörglern und Miesmachern und vor Fehlerdiskussionen.

Die PDS hat sich gründlich von dieser Tradition getrennt. Das weiß jeder unbefangene Beobachter von Sitzungen aus Basisorganisationen, Arbeitsgemeinschaften und Parteitagen auf allen Ebenen. Unter der Gründlichkeit des Bruchs leiden manche. Eine sichere Heimstatt hat die Cliquenwirtschaft dafür in der CDU und der FDP gefunden. Die Regie auf dem Leipziger CDU-Parteitag hätte die SED nicht besser hingekriegt. Das gestehen wir ihnen neidlos zu. Und wie die FDP ihre relativ harmlosen Kritikerinnen und Kritiker aus dem Freiburger Kreis öffentlich auf Linie bringt, das hat etwas Vertrautes. Auch die SPD ist übrigens nicht ohne. Und die Grünen lernen fleißig. Sei's drum. Wir wollen über unsere Schwächen reden.

Zurück also zu Rosa Luxemburg. Sie analysierte, welche Entwicklungsmöglichkeiten und Gefahren in der Politik von Lenin, Trotzki und anderen angelegt waren, und zwar als mögliche Gefahren, nicht als Notwendigkeiten. Die Geschichte hat ihre Befürchtungen bestätigt.

Rosa Luxemburgs Demokratiekonzept war das des freien Kampfes der Massen zur Aufhebung sozialer Ungleichheiten, »Diktatur« in der »Anwendung der Demokratie«. Ein sympathisches Konzept, aus dem auch heute noch vieles zu lernen ist. Gleichzeitig war Rosa Luxemburg skeptisch bis ablehnend, was den demokratischen Gehalt und die Entwicklungsmöglichkeiten von Institutionen der bürgerlichen Gesellschaft angeht. »Formale Demokratie« schien ihr nur die »süße Schale formaler Gleichheit und Freiheit« zu sein, die den herben Kern »der sozialen Ungleichheit und Unfreiheit« verbarg. Sie wollte die politischen

Institutionen nutzen und sie nicht in dialektischer Weise aufheben, das heißt aufnehmen.

In der Wertschätzung von Rosa Luxemburg sind wir uns einig. Die Geister scheiden sich jedoch, wenn wir heute nicht nur den Kampf gegen soziale Ungleichheit und Unfreiheit organisieren, sondern gleichzeitig die Einseitigkeit ihrer »Demokratiekonzeption der Massenbewegungen« kritisieren und die Bedeutung auch der formalen Seiten der Demokratie, des Erhalts und der Erneuerung demokratischer Institutionen betonen. Es scheiden sich die Geister, wenn man sich die Frage vorlegt, ob nicht auch die Luxemburgische Demokratiekonzeption ungewollt, aber aus der Logik der Dinge heraus, ein ähnliches Ergebnis gezeitigt hätte, wie es mit den Vorstellungen von Lenin und Trotzki geschah.

Die PDS bekennt sich klar und eindeutig zur parlamentarischen Demokratie und der Vielfältigkeit demokratischer Institutionen und wirkt zugleich für deren Erneuerung. Lobbyismus und Fraktionszwänge, die Abtretung des politischen Kampfes an die Marktmechanismen der Medien, Bankenmacht statt Parlamentsmacht und die Rücknahme von Politik sind das Gegenteil von freiem Parlamentarismus.

»Globalismus« ist das Schlagwort, unter dem Politik der Gesellschaft entzogen wird. Die Lehre des Globalismus: Man und frau kann nicht mehr gestalten (oder gar umgestalten). Fit, modern und zukunftsfähig sei vielmehr der, der den international gesetzten Sachzwängen folgt, sich diesen anpaßt. Und der Inhalt des Globalismus: Er stellt Prinzipien der Demokratie nicht nur in Frage, sondern fegt sie in atemberaubendem Tempo hinweg. Die Prinzipien nämlich, daß der demokratische und soziale Rechtsstaat für alle Bürger gelte, Menschenwürde mehr sei als ein kümmerliches Dasein, soziale Gerechtigkeit ein Verfassungsprinzip. Das gilt global nicht mehr. Es gilt auch national nicht mehr. Und die Bürgerinnen und Bürger glauben es endlich. Das ist unsere Hypothek. Vorbei die Zeiten der Vollbeschäftigung, vorbei die Debatten darüber, als Arbeit etwas mit individueller Befriedigung zu tun hatte, als man von Humanisierung der Arbeitswelt, von sinnerfüllter Tätigkeit sprach und davon, daß die Würde des Menschen unantastbar sei.

Deutsche Bank und Neoliberalismus höhlen die Formen aus, in der die Gesellschaft bislang mehr oder weniger gut einen Interessenausgleich gefunden hat, parlamentarisch oder außerparlamentarisch. Diesen Aus- oder Abgleich unterschiedlicher Interessen braucht die Gesellschaft. Als Form dafür haben sich in bürgerlichen Gesellschaften die Parlamente herausgebildet. Sie haben sich als stabil gegenüber den Zeitläufen erwiesen. Anders formuliert: Sie haben sich bewährt. Deshalb würdigt die PDS Parlamente positiv als Organe, in denen sich die Bevölkerung repräsentiert, ihre Interessen artikuliert und in denen Mehrheitsentscheidungen getroffen werden. Dabei gibt es eine Unzahl von konkreten Problemen. Mit ihnen müssen auch wir uns politisch auseinandersetzen.

Problem Nummer eins: Wir haben nicht nur eine parlamentarische, sondern auch eine Parteiendemokratie. Nur drei Prozent der erwachsenen Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland sind

in Parteien organisiert. Im Osten sind es noch weniger als im Westen. Parteien entscheiden aber alles vorab, zum Beispiel wer als Abgeordneter oder Abgeordnete überhaupt aufgestellt wird. Im Parteienproporz werden Rundfunkbeiräte, Intendanten, Chefredakteure und Abteilungsleiter in den öffentlich-rechtlichen Medien, die Chefposten und deren Stellvertreter in Verbänden, auch Wohlfahrtsverbänden, auch in Gewerkschaften aufgeteilt. Ein Parlamentarismus, der sich nur auf die Parteiendemokratie stützt, ist blutleer und gefährdet.

Allein: Die gesellschaftliche Praxis hat noch nichts Besseres hervorgebracht. Im Parlament müssen sich unterschiedliche soziale und politische Interessen artikulieren. Sie müssen benannt werden und sich kritisieren lassen. Auch dort treten sie in einen Kampf um kulturelle Hegemonie ein. Wie wenig geschieht das im Deutschen Bundestag, und wie groß ist die Koalition, wenn es um die Interessen der Deutschen Bank geht.

Sind deshalb Parteien ein Relikt des 20. Jahrhunderts? Sind sie eine aussterbende Art, die im 21. Jahrhundert durch Bewegungen abgelöst wird?

Parteien waren ein emanzipativer Fortschritt gegenüber ständischen Vereinigungen. Parteien gruppieren sich zumeist um soziale Positionen und ermöglichen es, solche konkurrierend zu vertreten. Bewegungen übergreifen und überdecken oftmals solche Differenzen und sind von sich heraus auf Konsens und nicht auf Austragung von Konflikten angelegt. Parteien in der Bundesrepublik haben sich aber selbst entpolitisiert. Sie wurden immer stärker aus der Konkurrenz ihrer Positionen, aus dem politischen und sozialen Kampf herausgelöst und Teil der Verwaltung des Staates. Dies macht ihre Schwächen, ihre Bürgerferne und ihre Koalitionsfähigkeit »Jede mit jeder!« aus.

Verwaltung des Staates und der Parteien müssen wieder deutlich auch personell und finanziell von einander getrennt werden. Parteien haben an der politischen Willensbildung mitzuwirken, aber sie haben diese nicht zu monopolisieren oder zu ersetzen. An diesem freien politischen Kampf, an einer tatsächlich freien Presse, an einem freien Parlamentarismus, an der Verbindung von Bewegungen und Entscheidungen der Massen, in von ihnen hervorgebrachten Formen, an einer nichtstaatlichen Demokratie mangelt es.

Voraussetzung ist, daß sich Parlamente mit dem Volk verbinden. Und das geht nicht nur über Parteien. Dazu sind weitere, auch alternative Formen nötig, in denen sich Interessenunterschiede und Interessengegensätze bewegen können. Ihnen Raum und Einflußmöglichkeiten zu geben, hängt wiederum letztlich an den Parlamenten und an der Gesetzgebung.

Recht unmittelbar verknüpft mit den Parlamenten sind Volksbegehren, Volksbefragungen und Volksentscheide. Für sie müssen die Schwellen unbedingt gesenkt werden, damit sie eine Chance erhalten. Beispiele – beide aus Brandenburg –: Das gescheiterte Volksbegehren zum Havelausbau und das laufende Volksbegehren zum Transrapid. (Auch das Volksbegehren zum Transrapid, das bis zum 19. Februar 1998 lief, ist – was der Autor am 17. Januar natürlich noch nicht wissen konnte – gescheitert: Anstelle der notwendigen

80.000 Unterschriften wurden nur knapp 70.000 geleistet. – D.Red.) Sie machen eine der bisherigen Schwachstellen deutlich. Wie bei allgemeinen Wahlen müßte auch bei Volksbegehren die Mehrheit der Aktivbürger das Sagen haben, ohne oder nur mit einem niedrigen Quorum.

Dicht an den Parlamenten auch die Idee zu zusätzlichen Kammern oder Bürgerparlamenten. Pläne und Konzepte dazu gibt es genug. Was fehlt, ist eine engagierte Öffentlichkeit, ein politischer Druck in Richtung auf Rückkopplung der Parlamente zur Gesellschaft.

Daneben sind außerparlamentarische politische Räume zu besetzen. Die PDS meint: Gewerkschaften, Vertretungsorgane der Studierenden, allgemeine Zusammenschlüsse haben ein politisches Mandat, insofern sie Gruppen der Bevölkerung vertreten. Sie haben das Recht, ihre Interessen mit ihren Möglichkeiten zur Geltung zu bringen, bis zum Recht auf politischen Streik. Dieses Recht auf das politische Mandat, das Gewerkschaften und ASten bekanntlich aberkannt wird, ist deshalb für die Demokratie lebensnotwendig, weil die brüchige Parteiendemokratie nicht nur ergänzt, sondern auch konfrontiert werden muß mit allgemein-politischen Interessen von Bewegungen und Gruppen der Bevölkerung.

Schließlich bedarf die moderne Demokratie neben konfrontativer auch konsensueller, diskursiver Formen. Als geeignete Formen haben sich herausgebildet Runde Tische, Kommissionen, Bürgergespräche, Foren, Bürgergutachten. Was diese brauchen, sind Rechte gegenüber den Parlamenten – ein Vetorecht etwa oder fixiertes Mitbestimmungsrecht –, und das alles bei Wahrung ihrer Autonomie gegenüber Parlamenten und Parteien.

Konfrontation und konsensuale Formen der Demokratie wären quasi das »Frühwarnsystem« zu gesellschaftlichen Problemen, auf die die Parlamente bislang nur im Nachtrab halbherzig bis gar nicht reagiert haben.

Die deutsche Vereinigung – Zeit der verpaßten Chancen – PDS und Grundgesetz

Die deutsche Vereinigung hätte theoretisch die einzigartige Chance mit sich bringen können, tatsächlich Neues zu schaffen, wenn gleich heute wohl zu Recht daran gezweifelt werden kann, daß von Bonn aus jemals etwas anderes als die Übertragung alter Besitz- und Machtverhältnisse geplant und gewollt war.

Es lohnt sich schon, darüber nachzudenken, daß die Vereinigung, so, wie sie gelaufen ist, der größte Vermögenstransfer in der deutschen Geschichte war. Ein Vermögenstransfer zugunsten des Finanzkapitals und Transfer von Grund und Boden zugunsten des Adels, jeweils also einer vorbürgerlichen und einer nachbürgerlichen Schicht. Verloren hat das Bürgertum – von der Arbeiterklasse, der Bauernschaft und der Intelligenz ganz zu schweigen –, und verloren hat die bürgerliche Demokratie.

Die spezifische, für Umwälzungen in dieser Größenordnung unübliche Form der Ab- und Selbstaflösung von Staatsmacht, SED und deren Herrschaft und die kurze Zeit der Massendemokratie, der runden Tische – das hätte zusammen mit den Erfahrungen der Alt-BRD wie der Sozialstaatlichkeit und Mitbestimmung einen

qualitativ neuen Typ von Demokratie schaffen können. Nicht Beitritt, sondern Vereinigung, nicht Überstülpen, sondern Akzeptanz unterschiedlicher Kulturen und Wirtschaftsformen, eine neue Verfassung und Volksabstimmung über die Vereinigung und die Verfassung – das hätte einen anderen Weg gewiesen.

Doch das war nicht gewollt, und die Handlungsbedingungen und die Machtverhältnisse waren eindeutig. Der beschrittene Weg der deutschen Vereinigung hat beide deutsche Kulturen um Fortschrittspotentiale ärmer gemacht: In Ost und West.

Ich will auf einen Artikel von Peter Marcuse (Columbia Universität New York – Sohn von Herbert Marcuse) zurückgreifen, den dieser 1992 veröffentlicht hat. Peter Marcuse listete eine Reihe von Fragen auf, zu denen ihm die Erfahrungen der DDR für die Lösung von Problemen moderner Gesellschaften nützlich erschienen. Dabei vermerkte er unter anderem:

mit welchem Erfolg oder Mißerfolg volkswirtschaftliche Prozesse geplant werden können;

welche Erfolge die Versuche zeitigten, die Massenarbeitslosigkeit zu beseitigen;

wie Innenstädte ohne Kommerzialisierung aussehen;

ob ein Wohnungswesen ohne Markt und Maklerunwesen funktionieren kann;

welche Wirkungsbreite eine staatliche Politik zur Gleichberechtigung der Frau erreichen kann und:

wie eine Gesellschaft mit einer Einkommensspannbreite von 7 : 1 im Unterschied zu einer mit 160 : 1 aussieht.

Peter Marcuse meinte, es sei kein Zufall, daß ein sorgfältiger Blick auf die DDR-Vergangenheit systematisch verhindert worden ist, »weil eine solche Untersuchung nämlich möglicherweise zu radikalen oder sogar zu subversiven Schlüssen führen könnte, die als kommunistisch abgestempelt werden würden.« Beide Male – nach 1945 wie in ganz anderer Weise auch jetzt, nach 1990 – diene die Politik der Auslöschung der Vergangenheit, diesen sie – unternommen als Teil eines antikommunistischen Kreuzzuges – demselben Zweck, nämlich der Verteidigung des Status quo gegen unbequeme Fragen.

Das Problem, auf das Peter Marcuse aufmerksam macht, ist die Austragung eines Meinungskampfes vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte, eines Kulturkampfes auch zwischen Ost und West. Einen solchen Kulturkampf verortet auch Klaus Hartung in der »Zeit« in einem bemerkenswerten Artikel zum siebenten Jahr der deutschen Einheit. »Im Osten«, so Klaus Hartung »wird heute nichts weniger als die Zukunft der Berliner Republik und ihre demokratische Kultur verhandelt«. Dabei gehe es um den prinzipiellen Konflikt zwischen Freiheit und Gleichheit. Der Wert der Gleichheit würde im Osten über den der Freiheit gesetzt und umgekehrt. Im Westen dominierten Freiheitswerte über Gleichheitsgedanken. Die Ostdeutschen kämen aus einer Gleichheitskultur, » ... in der der Schlosser und der Medizinprofessor auf dem gleichen Flur im Plattenbau lebten«.

So richtig, wie Klaus Hartung unterschiedliche Vorstellungen von kollektiven und individuellen Werten beobachtet, so falsch,

wie ich meine, ist sein Eindruck, daß auch die PDS beginne, Freiheits- über Gleichheitsrechte zu setzen. Wir kommen aus einer Tradition, an deren Wiege Freiheit und Gleichheit standen, auch wenn diese Taufpaten in sehr unterschiedlicher Weise an der Entwicklung des Kindes Anteil hatten. Gesicherte Freiheitsrechte tragen immer eine Gleichheitstendenz in sich, wie Gleichheit ohne Freiheit verkrüppelt. Das macht die Brisanz der Fragen von Prof. Peter Marcuse aus.

Vielleicht ist der Blick von New York präziser als der aus der Arena des deutschen Kulturkampfes. Aber hinter Peter Marcuse braucht eine sozialistische Partei in Deutschland nicht zurückzubleiben, und sie sollte die Fähigkeit zurückerobern, Dinge beim Namen zu nennen.

Es ist schon bedenkenswert, wenn in der FAZ der Begriff Kapitalismus selbstverständlicher als in der PDS benutzt wird. Weniger Scheu sollten wir an den Tag legen, davon zu schreiben, daß es uns um Eingriffe in Eigentumsverhältnisse geht und daß eine gesellschaftliche Umverteilung von oben nach unten unser Ziel ist.

Daß Armut teilbar ist, ist von den Neoliberalen gesellschaftsfähig gemacht worden, daß statt dessen aber auch Reichtum teilbar gemacht werden kann, muß Thema der sozialistischen Linken sein.

Wir sollten deutlich machen, daß die Politik von den Unternehmerpräsidenten Henckel und Hundt Vertrags- und Verfassungsbruch bedeutet, daß sie eine andere Republik und ein anderes politisches System wollen. Nicht Henckel, Hundt und nicht die jetzige Bundesregierung können sich auf das Grundgesetz abstützen. Dieses Grundgesetz muß gegen sie verteidigt werden, wenn seine Ideen überleben und für die tatsächlichen Lebensbedingungen der Menschen von Bedeutung sein sollen. Die Hülle des Grundgesetzes, das immer noch den antifaschistischen, antimonopolistischen Geist atmet, aus dem es entstanden ist, wird zur Fessel für den neoliberalen Umbau der Gesellschaft.

Das Grundgesetz schreibt keine bestimmte Wirtschaftsform vor, aber es verordnet dem Eigentum eine soziale Bindung. Zwingend wird für die Verfaßtheit des Bundesstaates festgehalten, daß er sozial und demokratisch sei. Der Bund ist verpflichtet, für annähernd gleiche Lebensbedingungen in allen Bundesländern zu sorgen. Eben das wollen Stoiber und Biedenkopf aufkündigen, wenn sie über den Bruch des Länderfinanzausgleichs reden. Aufkündigen wollen dieses Grundprinzip auch die Unternehmerverbände, wenn sie Flächentarifverträge unterminieren und von einer wirtschaftlichen und tariflichen Sonderzone Ost sprechen. Das Tarifrecht ist aus dem staatlichen Bereich herausgenommen. Zusammen mit der Koalitionsfreiheit begründet es das Streikrecht einschließlich des politischen Streiks. Beides soll durch ein Verbändegesetz eingeschränkt werden.

Schwer beschädigt wurde das Asylrecht. Die PDS tritt dafür ein, das Asylrecht wiederherzustellen, den Katalog von Fluchtgründen zu erweitern und das Staatsbürgerrecht auf einer republikanischen Grundlage einschließlich der Möglichkeit von Doppelstaatsbürgerschaften neu zu fassen. Das Grundgesetz sollte sich dazu bekennen, daß die Bundesrepublik Deutschland ein Einwanderungsland

ist. Der Weg, den Kanther und die Regierungsmehrheit gehen, ist ein anderer: Mit ihm wird die Festung Europa unter deutscher Aufsicht zementiert.

Es ist schon eine Ironie, daß die Alt-BRD in den Hochzeiten des Kalten Krieges sich zwar mit einer Notstandsgesetzgebung gegen einen Massenwiderstand ausrüstete, daß aber der offene Eingriff in die Privatsphäre mit dem großen Lauschangriff ebenso wie der Eingriff in das Asylrecht nach dem Kalten Krieg erfolgten. Zufall oder nicht?

In diesen wie in zahlreichen anderen Punkten der demokratischen Verfaßtheit der Bundesrepublik Deutschland kann die PDS einen politischen Diskurs einbringen. Der Geist und Inhalt des Grundgesetzes lassen sich leichter mit ihrer Politik als mit der der heutigen CDU/CSU-FDP-Systemveränderer in Übereinstimmung bringen.

Bleibt das Problem: Sind wir glaubwürdig mit diesem Verfassungspatriotismus, und inwieweit muß sich die PDS erst ein eigenes Verhältnis zur Verfassung, zum Grundgesetz erarbeiten? Hier fällt mir nur ein: Learning by doing – Aneignung im politischen Kampf. Nicht nur und wohl auch nicht in erster Linie wird der theoretische Demokratiediskurs Veränderungen erbringen. Veränderungen entstehen aus einer Veränderung des politischen Kräfteverhältnisses. Um solche Veränderung geht es auch bei der kommenden Bundestagswahl. Wir brauchen eine andere Politik und deshalb eine andere Regierung. Zu beidem will die PDS beitragen als sozialistische Opposition, als Reibfläche in der Gesellschaft. Wie sehr eine solche Öffnung im europäischen Trend liegt, der zeigt, wie mit einem Politik- und Regierungswechsel außerparlamentarische Bewegungen einen Aufschwung nehmen können, davon zeugen gerade Italien und Frankreich. »Jetzt lohnt es sich wieder, für Reformen zu kämpfen«, hört man aus Frankreich, während es in Deutschland noch immer heißt: »Wenn ich Reformen höre, passe ich auf meine Geldbörse auf.«

Es ist an der Zeit, aus der Zuschauerdemokratie herauszutreten.